

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

August 2005



Forschung allein bringt noch keine neue Arbeit

Arbeit, Arbeit, Arbeit: Kein Wort beherrscht die Wahlversprechen der Parteien so wie dieses. Die Politiker haben begriffen, dass die Trendwende zu mehr Beschäftigung der Schlüssel für alles ist, was an Wohlstand und wirtschaftlicher Sicherheit für die Masse der Menschen erreichbar ist: vom täglichen Verbrauch über die kleinen und größeren materiellen Extras abseits des Notwendigen bis hin zur Vorsorge für das Alter. Arbeit ist nicht alles, aber ohne Arbeit ist alles nichts. Der frühere Wirtschaftsminister Karl Schiller hat diesen Satz auf die Stabilität gemünzt. Heute gilt er im Konsens der Bürger, der Gruppen und der Parteien für die Arbeit.

Aber was ist zu tun, damit mehr Arbeit rentabel wird? Lieber als an die Kostenseite denken die Politiker an die Produktivität, die sie steigern wollen, um das hohe Lohnniveau in der internationalen Konkurrenz wieder wettbewerbsfähig zu machen. Mehr Ausgaben für Bildung, Forschung und Entwicklung sollen für „intelligente Produkte“ und „spezialisierte Fertigkeiten“ sorgen, die das hohe deutsche Lohnniveau vor der Konkurrenz „einfacher“ Arbeit schützen. Zum Beleg dafür, dass diese Strategie aufgeht, verweisen die Politiker gern auf die Ausfuhrerfolge der deutschen Wirtschaft bei technisch anspruchsvollen Gütern und Diensten. Es geht doch! Also mehr davon!

Ganz so einfach ist es allerdings nicht, aus der Außenhandelsstatistik eine Strategie für mehr Arbeit zu gewinnen. Denn es zeigt sich: der Exportmeister Deutschland muss mehr und mehr von den technisch hochspezialisierten Gütern ausführen, um – sozusagen in diese verpackt – ein wenig an einfacher Arbeit auf den Weltmärkten konkurrenzfähig halten zu können.

Darin allein aber liegt nicht die Lösung des deutschen Problems. Auch die einfache Arbeit muss wieder marktfähig werden, wenn die Arbeitslosenzahl deutlich und dauerhaft geringer werden soll. Und da geht es dann um Löhne, Lohndifferenzen, Arbeitszeiten und Sozialabgaben. Dazu würde man gern mehr von den Parteien hören.

Hans D. Barbier

Rückläufige Umweltsteuern

Hans Eichel hat 2004 weniger „umweltbezogene Steuern“ eingenommen. Der „Umwelt-ökonomischen Gesamtrechnung“ (UGR) ist zu entnehmen, dass rund 56 Milliarden € Umweltsteuern in die Staatskasse flossen. Gegenüber dem Vorjahr ist das – erstmals seit 1997 – ein Einnahmerückgang um knapp eine Milliarde Euro.

„Tanktourismus“ und immer mehr Autos mit Dieselmotor ließen die Einnahmen aus der Mineralölsteuer von 43,2 Milliarden € (2003) auf 41,8 Milliarden € im Jahr 2004 sinken. Der Anteil der umweltbezogenen Steuern an den gesamten Steuereinnahmen der öffentlichen Haushalte – 2004 waren das 479,5 Milliarden € – hat sich entsprechend um 0,2 Prozent-

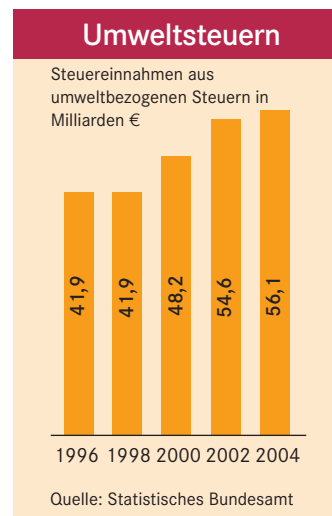
punkte auf 11,7 Prozent vermindert.

Die Definition der „umweltbezogenen Steuern“ – die Summe aus Mineralöl-, Kfz- und Stromsteuern – ist international gebräuchlich. In der UGR sind alle Steuern erfasst, die auf Energieverbrauch, Emissionen, Verkehr oder „schädliche Stoffausbringungen“ (Pestizide und Ähnliches) erhoben werden, unabhängig von den Gründen für die Einführung der Steuer oder von der Verwendung der Einnahmen. Daher umfassen die Umweltsteuern beispielsweise die gesamten Mineralölsteuereinnahmen und nicht nur den Anteil, der sich durch die ökologische Steuerreform (Ökosteur) ergibt.

Wachsende Getreide- und Zuckerhalden

Anfang Juni, kurz vor Beginn der Erntesaison 2005, lagen in Europas Lagerhallen fast 16 Millionen Tonnen Getreide, die zum garantierten Mindestpreis aufgekauft wurden (101,31 € pro Tonne). Die EU-Kommission befürchtet, dass die Lagerbestände bis Ende August 20 Millionen Tonnen erreichen werden. Das wäre fast so viel Getreide, wie die EU-Bauern im vergangenen Jahr außerhalb Europas verkauft haben: 25 Millionen Tonnen wurden exportiert.

In der EU liegen auch knapp 600 000 Tonnen Zucker unverkäuflich in den Lagern.



270 000 Tonnen hat die EU-Kommission zum Garantiepreis von 632 € pro Tonne angekauft, um die Zuckerpreise stabil zu halten.

Solche Überproduktionen resultieren aus der europäischen Agrarpolitik, die für viele landwirtschaftliche Produkte die Abnahme garantiert: Unverkäufliches wird von der EU-Kommission aufgekauft und eingelagert. Die Landwirte produzieren deshalb meistens nicht, was sie verkaufen können, sondern das, was die höchsten Garantiepreise bringt.

Mit der 2003 beschlossenen und in diesem Jahr greifenden Agrarreform soll das anders werden. Es kommt künftig nicht mehr darauf an, möglichst viel zu produzieren, sondern darauf, wie viel Fläche ein Landwirt bewirtschaftet. Wenn Zahlungen an die Landwirte von der Produktion „entkoppelt“ werden – so die Hoffnung der EU-Agrarpolitiker –, orientieren sich die Bauern mehr an der Marktlage anstatt an den Subventionen. Eine schnelle Änderung ist nicht zu erwarten: Die EU-Agrarreform sieht Übergangsfristen vor, die bis ins Jahr 2013 reichen.

Gedämpfte Kauflust

Die private Nachfrage bleibt weiterhin schwach. Ursache dafür ist nach wie vor die Arbeitsmarktlage: Jeder dritte Erwerbstätige in den alten und sogar jeder zweite in den neuen Bundesländern hat Angst um seinen Arbeitsplatz. Selbst die angekündigten Steuererhöhungen nach der Wahl animieren nicht zum Geld ausgeben.

www.gfk.de/presse/pressemeldung/contentdetail.php?id=728

Erste Wahl: Mehr Arbeitsplätze

Für die Mehrheit der Menschen ist Erwerbsarbeit die einzige Möglichkeit, Einkommen zu erzielen. Sie ist Voraussetzung für eine gesicherte Existenz und individuelle Freiheit. Deshalb ist Vollbeschäftigung konstitutiver Teil der Sozialen Marktwirtschaft. Unter dieser Prämisse hat Im Klartext zur bevorstehenden Bundestagswahl in den Programmen der Parteien nachgelesen, wie die Arbeitslosigkeit in den kommenden Jahren gesenkt werden soll.



Vertrauen in Deutschland

„Arbeit zu schaffen ist drängender denn je. Und ambitionierter. Vom langfristigen Ziel der Vollbeschäftigung lassen wir nicht ab; wir wollen ihr näher kommen: Arbeit sichert Lebensunterhalt. Arbeit ist Selbstverwirklichung. Arbeit schafft Wohlstand. Arbeit ist Teilhabe an der Gesellschaft.“

„Unser Ziel bleibt: Kein junger Mensch unter 25 Jahren soll länger als drei Monate ohne Arbeit, Ausbildung oder weiterführende Beschäftigung sein.“

„Gesetzliche Eingriffe in die grundgesetzlich garantierte Tarifautonomie lehnen wir ab. Faire Flexibilität lässt sich nicht gesetzlich verordnen.“

„Der Grundsatz der Teilhabe macht auch vor den Betriebs-toren nicht halt. Deshalb steht für uns die Mitbestimmung in Deutschland nicht zur Disposition.“

<http://kampagne.spd.de/>



Eines für alle

„Wir werden Maßnahmen ergreifen mit dem Ziel, Arbeit zu verkürzen. Die vorhandene Arbeit könnte so in bestimmten Bereichen auf mehr Schultern verteilt werden.“

„Wir setzen uns für regional und branchenspezifisch differenzierte Mindestlohnregelungen ein, die armutsfeste Löhne gewährleisten.“

„Wir müssen neue Wege finden, damit zukünftig wieder mehr Betriebe Jugendliche ausbilden. Wir wollen Umlagesysteme prüfen, falls freiwillige Selbstverpflichtungen der Wirtschaft weiterhin nicht zu den notwendigen Ausbildungsplätzen führen.“

„Wir wollen geförderte Beschäftigung im zweiten Arbeitsmarkt gezielt für die Qualifizierung im personenbezogenen Dienstleistungsbereich einsetzen – mit Brücken in Ausbildung und in den ersten Arbeitsmarkt. Wir wollen im zweiten Arbeitsmarkt fördern – durch sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.“

<http://www.gruene-portal.de/>



Deutschlands Chancen nutzen

„Für uns hat alles Vorrang, was mehr Menschen in Arbeit bringt. Denn die Massenarbeitslosigkeit verwehrt Millionen von Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, untergräbt soziale Sicherheit und die Einnahmehasis des Staates. Wir werden jede Maßnahme daran messen, ob sie Arbeitsplätze för-

dert oder Arbeitsplätze gefährdet.“

„Betriebliche Bündnisse müssen geschlossen werden, solange der Betrieb noch die Kraft hat, im Wettbewerb in die Offensive zu gehen. Deshalb werden wir für betriebliche Bündnisse für Arbeit eine rechtliche Grundlage schaffen.“

„Wir schaffen neue Chancen für Arbeit durch einen flexiblen Kündigungsschutz.“

„Wir geben den Empfängern von Arbeitslosengeld II neue Chancen auf Arbeit und Beschäftigung. Wir schaffen zusätzliche Anreize für Arbeitgeber, sie einzustellen. Für die Arbeitnehmer sichern wir durch eine ausgewogene Kombination aus Arbeitslohn und ergänzender Sozialleistung ein angemessenes Auskommen. Wir wollen Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren.“

„Wir erleichtern befristete Beschäftigung. Ein auf bis zu zwei Jahre befristeter Arbeitsvertrag kann mit demselben Arbeitnehmer erneut geschlossen werden, sofern kein enger Zusammenhang zwischen den Arbeitsverhältnissen besteht. Die Beschränkung befristeter Verträge auf Neueinstellungen wird damit aufgehoben.“

„Wir wollen, dass die Menschen im ersten Arbeitsmarkt Arbeitsplätze haben. Wir wollen daher ein Kombi-Lohn-



„Die Frage, wer herrschen soll, ist falsch gestellt. Es genügt, wenn eine schlechte Regierung abgewählt werden kann. Das ist Demokratie.“
Karl Raimund Popper

Modell einführen, das sowohl die Aufnahme einfacher Arbeiten durch eine ausgewogene Kombination aus Arbeitslohn und Sozialleistung lohnend macht, als auch die Betriebe in die Lage versetzt, zusätzliche Arbeitsplätze für einfache Tätigkeiten neu zu schaffen.“

<http://www.regierungsprogramm.cdu.de/>



Arbeit hat Vorfahrt

„Mehr Arbeit gibt es nur mit Marktwirtschaft und Wettbewerb. Die FDP tritt deshalb für die Bekämpfung monopolistischer Strukturen und eine Politik der Marktöffnung ein. Wir wollen Reformen auf den Waren- und Dienstleistungsmärkten.“

„Die Lebensarbeitszeit muss – der steigenden Lebenserwartung entsprechend – besser ausgeschöpft werden. Deshalb will die FDP das Berufseintrittsalter senken: durch zwölf Schuljahre bis zum Abitur, durch die Aussetzung der Wehrpflicht, durch flexiblere Einschulung und kürzere Ausbildungszeiten. Außerdem sind Anreize zur Frühverrentung, die die sozialen Sicherungssysteme belastet, abzuschaffen.“

„Mindestlöhne, egal in welcher Form sie festgelegt werden, lehnen wir ab.“

„Die FDP will das Tarifkartell aufbrechen und betriebliche Bündnisse für Arbeit ermöglichen. Wir setzen auf Selbstbestimmung der Arbeitnehmer in den Betrieben statt auf Fremdbestimmung durch Gewerkschaftsfunktionäre.“

„Die Vermittlung und Beratung von Arbeitsuchenden soll nach den Vorstellungen der FDP grundlegend reformiert werden. Wir wollen die Auflösung der Bundesagentur für Arbeit.“

<http://files.liberales.de/fdp-wahlprogramm.pdf>

DIE LINKE. PDS

Für eine neue soziale Idee

„Eine zukunftsfähige Gesellschaft muss als Grundrecht garantieren, dass ihre Bürgerinnen und Bürger die Existenz aus eigener Kraft sichern können.“

„Die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften und die Bindungswirkung der Tarifverträge sollen gestärkt und die Lockerung des Kündigungsschutzes zurückgewiesen werden. Die Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen muss erleichtert werden.“

„Die Nachfrage muss durch öffentliche Investitionen erhöht werden. Statt Dienstleistungen zu privatisieren und einzuschränken, wollen wir, dass öffentliche und soziale Leistungen ausgebaut werden.“

„Millionen neuer Arbeitsplätze erfordern neben einer gerechten Umverteilung der vorhandenen Arbeit erhebliche Investitionen – mehr ökologisch sinnvolle Investitionen der öffentlichen Hand und mehr private Investitionen, die nur dann zu erwarten sind, wenn höhere Einkommen der Verbraucher zu höherer Binnennachfrage führen.“

„Wir fordern einen gesetzlichen Mindestlohn von nicht weniger als 1 400 Euro brutto im Monat.“

„Das Arbeitszeitgesetz muss reformiert und die durchschnittliche regelmäßige Höchstarbeitszeit auf 40 Stunden gesenkt werden. Wir unterstützen die Gewerkschaften, wenn sie versuchen, Arbeitszeitverkürzungen zu vereinbaren.“

<http://sozialisten.de/>

WASG

Wahlmanifest

„Wir brauchen eine Stärkung der Kaufkraft der Beschäftigten und ihrer Familien. Die Arbeitseinkommen folgen mindestens dem Produktivitätszuwachs und Preissteigerungen. Mindestlöhne und Ausbildungsplatzabgabe werden eingeführt. Dazu brauchen wir ferner ein sozial und ökologisch gesteuertes Wirtschaftswachstum... Dazu gehört auf gesetzlicher Ebene als erster Schritt eine wirksame Begrenzung der Arbeitszeiten. Öffentliche und öffentlich geförderte Beschäftigung müssen ausgebaut und die aktive Arbeitsmarktpolitik wieder aufgestockt werden.“

<http://www.w-asg.de/>

Fazit

Der Abbau der Arbeitslosigkeit ist bei den um die Wählergunst werbenden Parteien weiterhin vor allem Aufgabe des Staates. Mehr (PDS und WASG) oder weniger Kündigungsschutz (CDU/CSU und FDP), mehr geförderte Beschäftigung im zweiten Arbeitsmarkt (Bündnis90/Die Grünen) oder Kombilohn (CDU/CSU): Wenn nur an den richtigen Stellschrauben gedreht wird, werden alle, die arbeiten wollen, Arbeit finden.

Unklar bleibt, was die Parteien unter „Arbeit“ verstehen. Für die SPD sichert Arbeit den Lebensunterhalt, bietet aber auch Selbstverwirklichung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Für CDU und CSU ist gesellschaftliche Teilhabe ebenfalls wichtig; ein Problem der Massenarbeitslosigkeit sehen CDU/CSU aber auch darin, dass die Einnahmehasis des Staates untergraben wird. Bündnis90/Die Grünen hoffen, mit der Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Naturverbrauch mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Die PDS wiederum plädiert für ein Grundrecht auf Arbeit und sieht gemeinsam mit der WASG in staatlich vorgegebenen Mindestlöhnen den Weg zu mehr Beschäftigung. Die FDP schließlich ist überzeugt, dass nur durch Steuerentlastung Wachstum entstehen kann, nur durch Wachstum gibt es mehr Beschäftigung, und nur durch mehr Beschäftigung ist der Staatshaushalt dauerhaft zu konsolidieren. Die Überlegungen der Wahlkämpfer mögen richtig und gut gemeint sein. Alle sind sich einig: Damit neue Arbeitsplätze entstehen können, müssen die Beschäftigungsaussichten verbessert werden. Auch bei der Frage, wie diese zu verbessern sind, zeigen sich Gemeinsamkeiten. Der Staat schafft Arbeit, entweder über die „richtigen“ Gesetze oder durch Transfers. Außer Acht bleibt dabei: Nur wer aus eigener Kraft ein ausreichendes Einkommen erwirtschaften kann, ist in der Lage, sein Leben eigenständig zu führen.

Andreas Schirmer



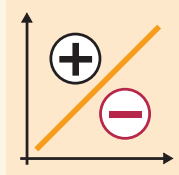
„Deutschlands wertvollster Rohstoff ist nachwachsend:
Es sind die jungen Leute.“

Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen

IM KLARTEXT

August 2005

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im August 2005

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung



Eine im Frühjahr 2005 geschlossene Vereinbarung zwischen Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement und der Bundesagentur für Arbeit sieht vor, dass bis zum Ende des Jahres kein junger Erwachsener unter 25 Jahren länger als drei Monate arbeitslos sein soll.

Zwar ist im Juli die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit junger Menschen um 1,3 Wochen gegenüber dem Vormonat gesunken. Doch mit durchschnitt-

lich 20,4 Wochen lag der Zeitraum weit über der vereinbarten Zielmarke. Deprimierend hoch ist auch die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen insgesamt: Im Juli stieg sie auf rund 630 000.

Geldwertstabilität



Arbeitslosigkeit in Kombination mit Fehlkalkulationen bei Hausbau und -kauf führen immer öfter dazu, dass Wohneigentum zwangsversteigert werden muss. Die Zahl zwangsversteigert Immobilien erreichte in den ersten sechs Monaten einen neuen Halbjahresrekord. Von Januar bis Juni 2005 setzten die Amtsgerichte rund 48 400 Versteigerungstermine an, das waren 1,7 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum.

Die Summe der amtlich festgelegten Verkehrswerte für diese Immobilien betrug 9,57 Milliarden €; die Verkehrswerte liegen allerdings unter dem Marktwert der Häuser und Wohnungen.

Wer seine Immobilie auf diese Weise verliert, erleidet einen zweifachen Verlust. Zum einen ist für viele die Woh-

Zwangsversteigerung

| | Versteigerungen | Verkehrswert in Mrd. € |
|------|-----------------|---------------------------|
| 1996 | 32 200 | 8,2 |
| 1998 | 47 900 | 10,3 |
| 2000 | 57 600 | 13,0 |
| 2002 | 87 800 | 18,0 |
| 2004 | 92 354 | 18,9 |

Quelle: Argetra GmbH

nung weg. Zum anderen geht Vermögen verloren: Der ursprünglich aufgewendete Betrag für Hausbau oder -kauf wird durch die Zwangsversteigerung üblicherweise nicht erzielt. Es bleiben Schulden, die weiterhin abgezahlt werden müssen.

Eigenverantwortung



Politik und Wissenschaft weisen immer öfter auf drohende Versorgungslücken im Alter hin. Die Appelle werden entweder überhört oder können mangels Geld nicht befolgt werden: Fast 40 Prozent der Deutschen sparen nicht für die private Altersvorsorge, so das Ergebnis einer Umfrage der Dresdner Bank. Und wer spart, legt nach Expertenmeinung zu wenig zurück: 10,8 Prozent der Befragten sparen bis zu 50 €

monatlich, 12,9 Prozent zahlen monatlich bis zu 100 € in eine Privatrente ein.

Die Sparrate fällt verständlicherweise bei den Menschen gering aus, die wenig verdienen. Sollte, wie im Wahlkampf vorgeschlagen, die private Altersvorsorge gesetzlich vorgeschrieben werden, wird das die prekäre Situation für den betroffenen Personenkreis nicht ändern.

Altersvorsorge

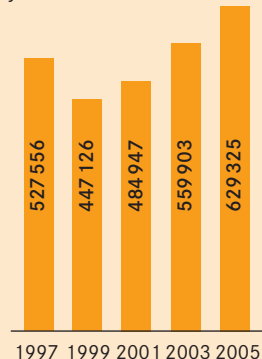
durchschnittliche Rücklage
im Monat

| | |
|--------------------------------------|----------|
| Thüringen | 74,00 € |
| Berlin | 80,80 € |
| Brandenburg und Meckl.-Vorpommern | 81,00 € |
| Sachsen | 81,20 € |
| Niedersachsen und Bremen | 98,50 € |
| Nordrhein-Westfalen | 106,50 € |
| Sachsen-Anhalt | 107,00 € |
| Rheinland-Pfalz | 111,40 € |
| Bundesdurchschnitt | 114,30 € |
| Hessen | 114,40 € |
| Baden-Württemberg und Saarland | 130,20 € |
| Bayern | 148,40 € |
| Schleswig-Holstein und Hamburg | 169,50 € |

Quelle: Dresdner Bank AG

Junge Arbeitslose

jeweils Juli



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
Redaktion: Andreas Schirmer · Foto: picture alliance / akg-images
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard